



Bundesministerium
für Verkehr und
digitale Infrastruktur



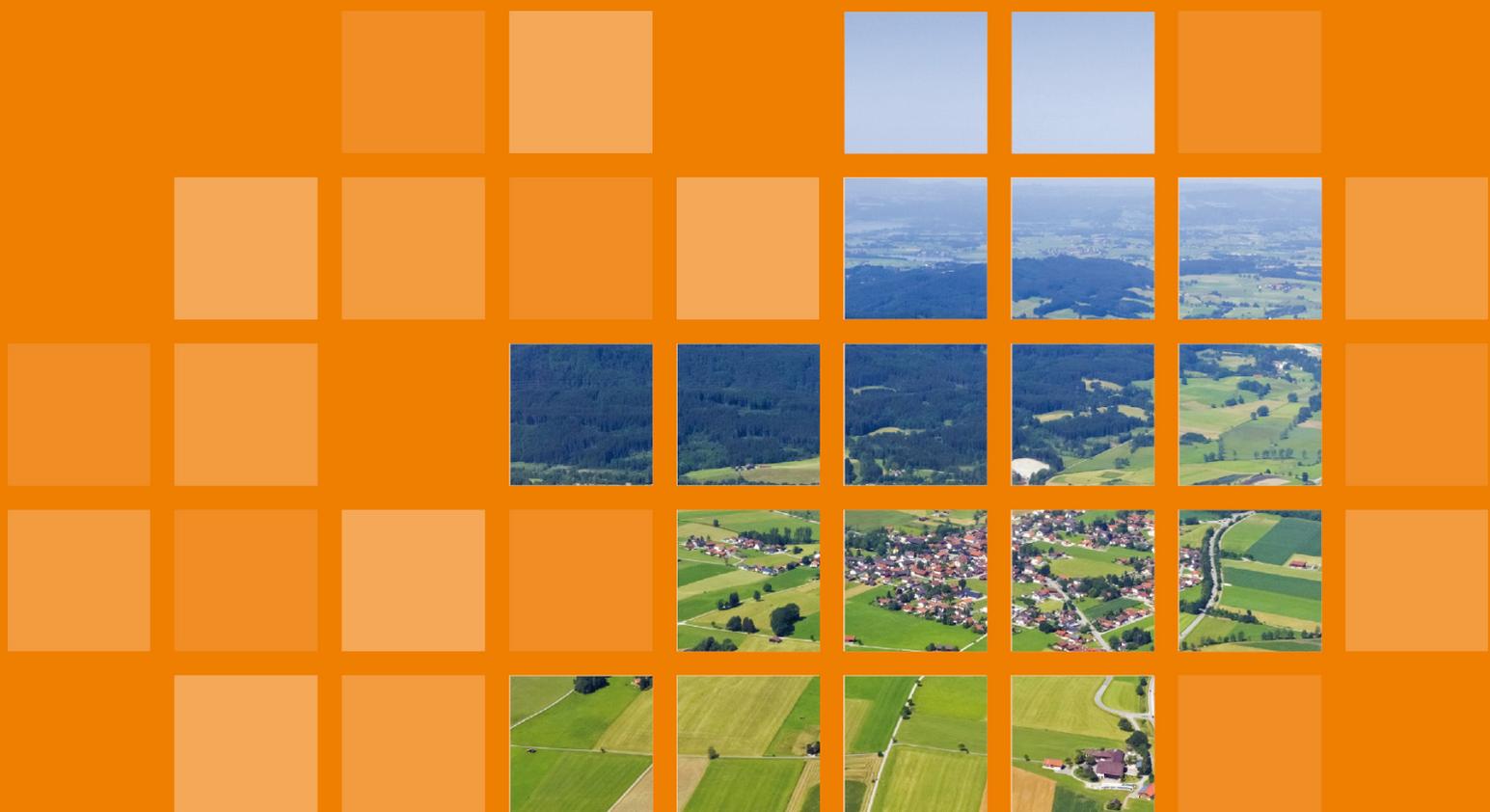
MORO

MORO Informationen · Nr. 16/1 · 2016

Lebendige Regionen – aktive Regionalentwicklung als Zukunftsaufgabe

Ein MORO-Forschungsfeld

Informationen über das Modellvorhaben und die Modellregionen



Vorwort

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

Modellvorhaben der Raumordnung haben als Instrument der Bundesraumordnung eine lange Tradition. In der Vergangenheit waren sie stark thematisch fokussiert, um auf spezielle Herausforderungen der Raumentwicklung wie zum Beispiel der Sicherung der Daseinsvorsorge einzugehen. Strategische Überlegungen und Konzepte standen oft im Mittelpunkt, während Fragen der Umsetzung oder der finanziellen Machbarkeit in den Modellregionen unterschiedlich intensiv thematisiert wurden. Im neuen Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) Forschungsfeld „Lebendige Regionen – aktive Regionalentwicklung als Zukunftsaufgabe“ wird die inhaltliche Perspektive um eine finanzwirtschaftliche Perspektive erweitert und der Blick somit stärker auf die Frage gelenkt, welche Gestaltungsmöglichkeiten unsere Städte und Gemeinden für eine aktive Regionalentwicklung besitzen.

Notwendig ist dies aus mehreren Gründen: Das Gewerbesteueraufkommen ist zwar seit 2002 von gut 23 Mrd. auf inzwischen rund 44 Mrd. € gestiegen, es unterliegt jedoch starken zeitlichen Schwankungen und ist regional, da es vor allem von größeren Gewerbebetrieben getragen wird, extrem ungleich verteilt. Gleichzeitig sind die kommunalen Kassenkredite und die Abhängigkeit der Städte und Gemeinden von den Zuweisungen der Länder durch gestiegene Sozialausgaben in den letzten Jahren gestiegen.

Darüber hinaus werden die ab dem Jahr 2020 greifende Schuldenbremse und die anstehende Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen Auswirkungen auf die kommunalen Handlungsspielräume haben und eine systematische Auseinandersetzung mit ihren Konsequenzen für die Regionalentwicklung notwendig machen. Die praktische Erfahrung zeigt denn auch, dass es Regionen gibt, die bereits heute kaum noch aktive Regionalentwicklung betreiben können. In vielen Fällen ist auch die Zusammenarbeit zwischen der fiskalischen und entwicklungspolitischen Arbeitsebene in den Regionen verbesserungswürdig. Aus diesem Grund gilt es, eine integrierte Entwicklungsperspektive unter Einbeziehung der finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen einzunehmen.

Genau hier setzt das neue MORO-Forschungsfeld „Lebendige Regionen – aktive Regionalentwicklung als Zukunfts-

aufgabe“ an. Aus bestehenden sektoralen, teils räumlichen regionalen Konzepten, Strategien und Plänen soll eine integrierte Entwicklungsstrategie erarbeitet werden, aus der konkrete Maßnahmen zur Umsetzung abgeleitet werden und die die langfristige fiskalische Entwicklung der Region in den Blick nimmt. Dafür ist eine intensive ressortübergreifende Zusammenarbeit in den Regionen erforderlich, die auch und vor allem die Kämmerer einbindet. Diese wird intensiv von einer bundesweiten Forschungsassistenz und finanzwissenschaftlichen Begleitforschung begleitet und unterstützt.

Darüber hinaus weist das MORO weitere Neuerungen auf. Der Modellvorhabenauftrag war offen für alle Regionstypen, da die erwähnten Herausforderungen nicht allein auf ländliche oder schrumpfende Regionen beschränkt sind. Vielmehr sehen sich viele Regionen einem unmittelbaren Nebeneinander von demografischem und wirtschaftlichem Wachsen und Schrumpfen gegenüber. Unter Berücksichtigung regionaler Verflechtungen steht eine aktive Regionalentwicklung in allen Räumen der Bundesrepublik vor großen Herausforderungen. Damit der Erfahrungsaustausch der Modellvorhaben untereinander, ein traditionell wichtiges Instrument eines MORO-Forschungsfeldes, noch intensiver wird, starten die Modellregionen zeitlich versetzt, so dass neue Modellvorhaben von Erfahreneren lernen können.

Die ersten acht Modellvorhaben haben im Sommer 2016 ihre Arbeit aufgenommen. Sie wurden in einem mehrstufigen Verfahren durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung und die Forschungsassistenz ausgewählt.

Anliegen dieser ersten MORO-Informationen zum Forschungsfeld „Lebendige Regionen – aktive Regionalentwicklung als Zukunftsaufgabe“ ist es, Ihnen die Ziele und zentralen Akteure des Vorhabens vorzustellen. Außerdem erläutert die finanzwissenschaftliche Begleitforschung ihre Arbeit für und in den Modellvorhaben. Schließlich stellen wir Ihnen die ersten acht Modellvorhaben vor. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Dr. Jana Hoymann
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn

Inhalt

Vorwort	2
1 MORO – aktive Regionalentwicklung als Zukunftsaufgabe	5
1.1 Ziele des Modelvorhabens	5
1.2 Die Schwerpunkte.....	5
2 Forschungsassistenz	6
3 Die finanzwissenschaftliche Begleitforschung	8
4 Analyse der finanzpolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland ab 2020	10
5 Die Modellvorhaben	12
5.1 Landkreis Barnim	14
5.2 Landkreis Coburg	16
5.3 indeland	18
5.4 KielRegion & Stadt Neumünster	20
5.5 Region Bremen	22
5.6 Ostwestfälisch-Lippische Regiopolregion mit der Regiopole Bielefeld	24
5.7 Landkreis Saalfeld-Rudolstadt	26
5.8 Wirtschaftsraum Spreewald	28
Kontakt.....	30



1 MORO Lebendige Regionen – aktive Regionalentwicklung als Zukunftsaufgabe

1.1 Ziele des Modellvorhabens

Das Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) Lebendige Regionen – aktive Regionalentwicklung als Zukunftsaufgabe fördert und erprobt integrierte Ansätze für eine ganzheitliche Regionalentwicklung. Eine aktive Regionalentwicklung geht über die Sicherung der Daseinsvorsorge hinaus und berücksichtigt weitere Bereiche, die für die Stärke einer Region entscheidend sind. Hierzu gehört wesentlich die wirtschaftliche, soziale und ökologische Situation. Ziel jeder Entwicklungsanstrengung muss sein, Regionen für ihre Bewohner und Unternehmen gleichermaßen attraktiv und lebenswert zu erhalten und zu gestalten.

Regionalentwicklung kann aber nicht losgelöst von ihren finanziellen Rahmenbedingungen betrachtet werden. Deshalb zielt das MORO-Forschungsfeld Lebendige Regionen darauf ab, die finanziellen Spielräume der jeweiligen Regionen zu betrachten, sie bei der Erarbeitung von räumlichen Entwicklungs- und Strategiekonzepten von Beginn an einzubeziehen und entsprechende modellhafte Lösungen zu erproben. Zu diesem Zweck soll die Projektarbeit in einem neuartigen Ansatz erstmalig in enger Abstimmung mit Kämmerern erfolgen.

1.2 Die Schwerpunkte

Integrierter Ansatz ...

In vielen Regionen Deutschlands liegen bereits teilräumliche oder sektorale Entwicklungskonzepte vor. Oftmals fehlen jedoch gesamträumliche und übergeordnete Strategien, die Bezüge zwischen den sektoralen Konzepten herstellen, Aktivitäten bündeln und damit die unterschiedlichen Themen der regionalen Entwicklung zusammenführen. Diese stärker integrierte Entwicklungsperspektive wird mit dem MORO-Forschungsfeld Lebendige Regionen gefördert. Auf Grundlage vorhandener Konzepte und Prozesse sollen im regionalen Kontext integrierte Strategien erarbeitet und in Projekten umgesetzt werden.

... auch im räumlichen Sinne

Eine ganzheitliche Regionalentwicklung erfordert nicht nur, die verschiedenen relevanten Themenfelder inhaltlich abzustimmen, sondern auch deren räumliche Integration entlang funktionsräumlicher Verflechtungen (beispielsweise entlang der beruflichen Pendlerbeziehungen) voran zu bringen. Räumliche Integration ist dabei mehr als die Abstimmung der jeweiligen Aktivitäten und Konzepte unter den relevanten Akteuren in der Region. Sie ist auf eine zielgerichtete Bündelung der unterschiedlichen Potenziale und Fähigkeiten dieser Akteure und Teilräume ausgerichtet und sucht nach Lösungen aktueller oder künftiger Probleme innerhalb räumlich-funktionaler Zusammenhänge – auch unabhängig von Verwaltungsgrenzen.

Finanzwirtschaftlicher Rahmen

Die finanzielle Situation einer Region und ihrer Kommunen gehört unstrittig zu den wichtigsten Rahmenbedingungen ihrer Entwicklung. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass Entwicklungsstrategien oftmals unabhängig von der Finanzplanung erarbeitet werden und nicht hinreichend mit dieser abgestimmt sind. Die Zusammenarbeit zwischen der finanzwirtschaftlichen und der entwicklungspolitischen Arbeitsebene ist vielerorts noch verbesserungswürdig. An dieser Stelle setzt das MORO-Forschungsfeld Lebendige Regionen an.

Einen Schwerpunkt bildet daher die frühzeitige und systematische Auseinandersetzung mit den ab 2020 anstehenden Veränderungen der finanzpolitischen Rahmenbedingungen und den daraus resultierenden Folgen für die kommunalen Haushalte. Hierzu entwickeln die Modellvorhaben gemeinsam mit einer finanzwissenschaftlichen Begleitforschung langfristige Szenarien, um den Spielraum ihrer kommunalen Finanzen so realistisch wie möglich abzuschätzen und daraus Rückschlüsse auf die Umsetzbarkeit regionaler Entwicklungsprojekte ziehen zu können.

2 Forschungsassistenz

Die ausgewählten Modellvorhaben werden über den gesamten Zeitraum von einer Forschungsassistenz begleitet. Die Forschungsassistenz führt die allgemeine wissenschaftliche Begleitung durch und ist Ansprechpartner für alle Belange rund um das MORO-Forschungsfeld Lebendige Regionen sowie für die Regionen. Das Projektteam besteht aus SPRINT – wissenschaftliche Politikberatung und dem Institut Arbeit und Technik (IAT).

Aufgaben der Forschungsassistenz

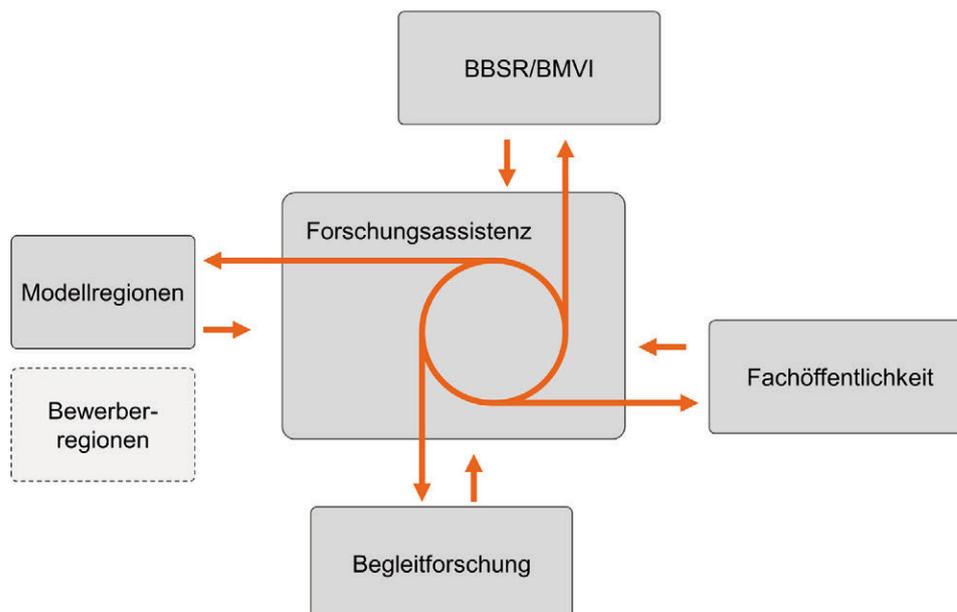
Die Forschungsassistenz betreut das Auswahlverfahren und steht den ausgewählten Modellvorhaben über die gesamte Projektlaufzeit als Ansprechpartner für alle Fragen rund um das MORO-Forschungsfeld Lebendige Regionen zur Verfügung. Für die regionspezifische Umsetzung erhalten die Modellregionen zudem einen bzw. eine Regionsbeauftragte/n, an den/die sich die regionalen Akteure jederzeit wenden können und der/die die Regionen in allen Punkten berät und begleitet. Neben der personellen Kontinuität setzt die Forschungsassistenz auf regelmäßige Besuche der Modellvorhaben, um die Projekte optimal begleiten zu können.

Zur Förderung des regionsübergreifenden Wissensaustausches werden Projektwerkstätten mit den Akteuren aus den Modellvorhaben durchgeführt. Die Projektwerkstätten finden wechselnd in den Modellregionen statt und bearbeiten jeweils ein Fachthema. Gleichzeitig lässt ein regionspezifisches Exkursionsprogramm genug Platz für den Erfahrungsaustausch.

Die im MORO-Forschungsfeld Lebendige Regionen gewonnenen Erfahrungen und Ergebnisse werden gesammelt und aufbereitet und über die Projekt-Internetseite (www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/MORO/Forschungsfelder/2015/Lebendige-Regionen/01_start.html) sowie in regelmäßig erscheinende Publikationen wie Newsletter, Pressemitteilungen oder MORO-Informationen verbreitet. Außerdem bringt sich die Forschungsassistenz in bestehende Initiativen und Veranstaltungen aktiv ein und präsentiert Ergebnisse aus dem MORO oder einzelnen Modellvorhaben.

Auf diese Weise soll das Forschungsfeld zur integrierten Regionalentwicklung insgesamt sowie unter stärkerer Berücksichtigung von Finanzierungsfragen und -kompetenzen weiterentwickelt werden.

Forschungsassistenz



Quelle: © Forschungsassistenz

Forschungsfragen und Methodik

Das MORO-Forschungsfeld Lebendige Regionen fördert und fordert eine integrierte Entwicklungsperspektive unter Einbeziehung der finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den teilnehmenden Modellvorhaben. Regionalentwicklung soll bewusst in neuen Akteurskonstellationen (zum Beispiel Kämmereien) und regionalen Zuschnitten entlang der funktionsräumlichen Verflechtungen umgesetzt werden. Aufgabe der Forschungsassistenz ist es, die Ergebnisse und Erfahrungen aus den Modellregionen bei diesem innovativen Vorgehen zu bündeln, zu bewerten und hieraus übertragbare Empfehlungen für die integrierte Regionalentwicklung abzuleiten. Aufbauend auf den Ergebnissen aus den Regionen werden ferner Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der raumordnerischen, strukturpolitischen und finanzwirtschaftlichen Instrumente erarbeitet, und es wird in diesem Zusammenhang erörtert, wie der Bund die Lebendigkeit der Regionen zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse angemessen unterstützen kann.

Methodisch werden die Berichte und die Ergebnisse aus den Modellvorhaben vergleichend ausgewertet. Die so gewonnenen Ergebnisse werden durch Recherchen und Sekundäranalysen ergänzt und mit den Erfahrungen aus der Regionsberatung im Sinne einer teilnehmenden Beobachtung rückgekoppelt.

Entsprechend dem erweiterten Verständnis einer integrierten Entwicklungsperspektive wird die Organisation der integrierten Regionalentwicklung in den Regionen unter die Lupe genommen. Es gilt Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie die strukturpolitischen Handlungsbedarfe, die regionalen Erfordernisse und die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen besser aufeinander abgestimmt werden können.

Folgende Detailfragen werden dazu auf operativer und instrumenteller Ebene untersucht:

- Welche Ansatzpunkte bieten bereits die in vielen Regionen vorliegenden Konzepte und Strategien für die Erarbeitung integrierter Entwicklungsstrategien?
- Wie können die regionale Zusammenarbeit und regionale Lasten-Nutzen-Ausgleiche stärker als bisher in integrierten Entwicklungsstrategien verankert werden?
- Welche Instrumente, Verfahren oder Methoden werden genutzt, um die einzelnen (Teil-)Strategien oder sektoralen Konzepte zu integrieren?

Bezüglich der Zusammenarbeit zwischen den Akteuren stellen sich folgende Detailfragen:

- Welche Rolle kann die Regionalplanung im Prozess einer aktiven und integrierten Regionalentwicklung übernehmen, und welche Funktion kommt den Regionalplänen zu?
- Wie kann eine Zusammenarbeit entwicklungspolitischer bzw. regionalplanerischer Akteure mit den finanzpolitischen Akteuren erfolgen?
- Wie findet der Wissenstransfer innerhalb der integrierten Regionalentwicklung statt? Wie werden die Informationen der beteiligten Akteure aufbereitet und zur Verfügung gestellt?

Integrierte Regionalentwicklung benötigt aber auch Ressourcen wie Zeit und Geld. Daher ist es Ziel eines integrierten Vorgehens, durch regionale Zusammenarbeit Kapazitäten zu bündeln und somit die Effektivität und/oder Effizienz von Entwicklungsmaßnahmen zu steigern. Deshalb untersucht die Forschungsassistenz gemeinsam mit der finanzwissenschaftlichen Begleitforschung auch, welche Ressourcen für die integrierte Regionalentwicklung zur Verfügung stehen und wie diese effektiv und effizient eingesetzt werden können.

- Erstens werden die finanziellen Handlungsspielräume der Modellregionen auf Basis der kommunalen Haushaltsdaten sowie im Rahmen der Entwicklung von Szenarien über die künftige Höhe der Schlüsselzuweisungen bis zum Jahr 2020 modelliert. Diese Analysen bilden die Grundlage für die individuelle Beratung der Modellvorhaben und sollen bei der Umsetzung und Bewertung konkreter Umsetzungsprojekte helfen. Die Analyse wird in einem finanzwissenschaftlichen Regionsbericht für jede Region anschaulich aufbereitet und mit den Akteuren vor Ort diskutiert. Der Regionsbericht dient zudem als inhaltliche Grundlage für eine bessere Zusammenarbeit der fiskalischen und entwicklungspolitischen Ebene bei der Ausgestaltung integrierter Entwicklungsstrategien für eine künftige aktive Regionalentwicklung.
- Die zweite Hauptaufgabe besteht in der Vermittlung der Erkenntnisse, wie die Regionen mit ihren Kommunen den finanziellen Herausforderungen im Rahmen einer integrierten Regionalentwicklung begegnen können. Im Mittelpunkt steht demzufolge die Beantwortung der forschungsleitenden Frage, wie Regionen auf die sich ändernden finanziellen Rahmenbedingungen reagieren können, um zukünftig lebendig, d.h. attraktiv, für Einwohner und Wirtschaft zu sein.

In die Bearbeitung der Aufgaben werden die Fachakteure in den Modellregionen (zum Beispiel Kämmerer, Bürgermeister oder Landräte) eingebunden. Dazu führt die Begleitforschung mehrere Regionsbesuche durch und arbeitet eng mit der allgemeinen Forschungsassistenz zusammen.

Forschungsfragen und Methodik

Die erste Forschungsfrage der finanzwissenschaftlichen Begleitforschung beschäftigt sich direkt mit den Auswirkungen der Veränderung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen:

- Welche Änderungen zeichnen sich bei den fiskalischen Rahmenbedingungen derzeit auf den verschiedenen föderalen Ebenen (Bund, Länder) ab, und welche Auswirkungen ergeben sich hieraus voraussichtlich für die regionale Ebene?

Zwei weitere Forschungsfragen zielen darauf ab, die Auswirkungen der Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen auf die kommunale Ebene einschätzen zu können:

- Wie wirken sich die erkennbaren Änderungen der fiskalischen Rahmenbedingungen auf den interregionalen Standortwettbewerb um privates Kapital und Fachkräfte aus?
- Wie sind die originären Handlungsspielräume der Regionen und Kommunen aktuell und künftig einzuschätzen?

Zur Einschätzung der aktuellen Handlungsspielräume der Kommunen in den Modellregionen greift die finanzwissenschaftliche Begleitforschung auf die kommunalen Jahresrechnungsstatistiken der jeweiligen Länder zurück. Das zugrundeliegende Datenmaterial ermöglicht mittels der Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben (gegebenfalls nach Aufgaben klassifiziert) einen fundierten Einblick in die gegenwärtige Haushaltslage jeder einzelnen Kommune in den Modellregionen. Diese Daten sollen auch bei der Beantwortung der Frage helfen:

- Anhand welcher Kennziffern lassen sich die fiskalischen Handlungsmöglichkeiten der Regionen mit ihren Kommunen beschreiben, und wie können diese als Grundlage für eine Zusammenarbeit zwischen der fachlich-inhaltlichen und der fiskalischen Arbeitsebene zielführend eingesetzt werden?

Die Einschätzung der künftigen Handlungsspielräume der Kommunen in den Modellregionen erfolgt mit der Entwicklung von regionsspezifischen Szenarien. Den Mittelpunkt dieser Szenarien stellen die Schlüsselzuweisungen der Kommunen dar; dies sind die finanziellen Mittel im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs, die den Kommunen frei zur Verfügung stehen. Dafür hat die finanzwissenschaftliche Begleitforschung ein Modell konzipiert, das die länderspezifischen Charakteristika der kommunalen Finanzausgleichssysteme und damit auch die Höhe der Schlüsselzuweisungen für jede kommunale Einheit in der Modellregion wiedergeben kann. Darauf aufbauend können die voraussichtlichen Schlüsselzuweisungen in den kommenden Jahren – unter Zuhilfenahme geeigneter und zuvor diskutierter Annahmen – prognostiziert werden.

4 Analyse der finanzpolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland ab 2020

Das erste Modul der finanzwissenschaftlichen Begleitforschung bestand darin, die finanzpolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland ab 2020 zu analysieren. Die zusammengefassten Ergebnisse des Moduls geben einen Überblick über die sich abzeichnenden Herausforderungen.¹ Sie bilden die Grundlage, um einzelne Szenarien zu gestalten und die Möglichkeiten einer aktiven Regionalentwicklung unter sich ändernden Rahmenbedingungen erkennen zu können.

Gute Rahmenbedingungen, hohe Risiken

Zur Bewältigung der finanzpolitischen Herausforderungen in Deutschland sind die derzeitigen allgemeinen wirtschaftlichen und zinspolitischen Rahmenbedingungen besonders günstig. Entsprechend positiv ist die aktuelle Situation der öffentlichen Haushalte in Deutschland auf den verschiedenen Ebenen. Der öffentliche Gesamthaushalt, also die Gesamtheit aus Kern- und Extrahaushalten von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie der Sozialversicherung, verzeichnet für das Jahr 2015 gemäß aktueller Kassenstatistik einen Finanzierungsüberschuss von 29,6 Mrd. €. In der langen Frist zeigen sich jedoch diverse innen- und außenpolitische sowie wirtschaftliche Risiken und Ungewissheiten, die langfristige Prognosen zur finanziellen Entwicklung deutlich erschweren: Stabilisierung von internationalen Krisenregionen, Entwicklung der weiteren Migration und die gesellschaftliche und wirtschaftliche Integration der Migranten, geldpolitische Maßnahmen der Europäischen Zentralbank, Haushaltsstabilität anderer europäischer Staaten, Stabilität der Finanzmärkte, Verhandlungen über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union und dessen Folgen etc. Ihre Effekte auf die deutsche Finanzpolitik werden sich künftig zeigen.

Zunehmende demografische Belastungen

Unbestritten hingegen sind die grundsätzlichen finanziellen Lasten, die aus den absehbaren demografischen Entwicklungen resultieren. Die Folgen von Bevölkerungsrückgang und Bevölkerungsalterung betreffen in der langen Frist die Bundesrepublik insgesamt und erfassen die Regionen in unterschiedlichem Maße. Besonders die ostdeutschen Flächenländer werden vom allgemeinen demografischen Entwicklungstrend überproportional erfasst (mit Ausnahme einiger Städte), während die wirtschaftlich

starken Regionen noch deutliche Bevölkerungszuwächse verzeichnen werden. Finanziell wirken sich die absehbaren demografischen Verwerfungen bei Bund, Ländern und Kommunen einnahme- und ausgabeseitig aus. Zum einen sinken die Pro-Kopf-Steuereinnahmen, wenn sich der Anteil der Personen im Erwerbsalter an der Gesamtbevölkerung reduziert. Einnahmeminderungen werden bei nahezu allen Steuern, insbesondere bei der Einkommensteuer, erwartet. Zugleich erhöht sich der Bedarf an altersbedingten Leistungen wie etwa Gesundheits- oder Pflegeeinrichtungen und -dienstleistungen, was zu höheren finanziellen Lasten in diesen Bereichen führen wird. Darüber hinaus wird der Rückgang der Einwohnerzahlen Kostenremanenzen (siehe Infokasten) in den Bereichen der öffentlichen Infrastruktur und der Verwaltung hervorrufen.

i Kostenremanenzen

Kostenremanenzen entstehen dadurch, dass eine zum Bevölkerungsschwund proportionale Reduzierung der Betriebs-, Instandhaltungs-, Folge- oder sonstigen Kosten in der Regel nicht oder nur mit deutlicher zeitlicher Verzögerung gelingt – insbesondere dann, wenn bei der Aufgabenerfüllung ein hoher Fixkostenanteil besteht.

Bestehende Tragfähigkeitslücken, erforderliche Konsolidierung

Die mehrdimensionalen Belastungen der öffentlichen Haushalte werden eine Intensivierung der aktuellen Konsolidierungsbestrebungen der Politik erfordern, damit die verschiedenen föderalen und funktionalen Ebenen dauerhaft hinreichend handlungs- und leistungsfähig bleiben. Das Bundesministerium der Finanzen hat dazu in

¹ Umfassende empirische Analysen sind enthalten in: Lenk, T.; Glinka, P. (2016): Analyse der finanzpolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland ab 2020, Bericht im Rahmen des Forschungsprogramms „Lebendige Regionen – Aktive Regionalentwicklung als Zukunftsaufgabe“, im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Der Bericht steht in Kürze zum Download auf der Homepage des Kompetenzzentrums Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V. bereit.

seinem aktuellen Tragfähigkeitsbericht Quantifizierungen vorgenommen. Je nach Szenario müsste der Primärsaldo des öffentlichen Gesamthaushalts im Ausgangsjahr zwischen 1,22 % (optimistisches Szenario) und 3,81 % des BIPs (pessimistisches Szenario) durch Erhöhung der Einnahmen und/oder Senkung der Ausgaben verbessert werden, damit alle öffentlichen Ausgaben sowie der Schuldendienst langfristig tragbar sind. Alternative Varianten, etwa eine zeitliche Streckung der Konsolidierungsmaßnahmen auf mehrere Jahre, werden ebenfalls quantifiziert. Wenngleich die Berechnungen von zahlreichen und mit Unsicherheit behafteten Annahmen ausgehen und viele rahmenbeeinflussende Entwicklungen noch nicht hinreichend absehbar erscheinen, liefern die Ergebnisse einen Maßstab für die Dimensionen der bestehenden finanzpolitischen Herausforderungen.

Neue Schuldenregeln

Normative Konsolidierungsimpulse setzen bereits die bestehenden Schuldenregeln des europäischen Fiskalpakts sowie der nationalen „Schuldenbremse“. Beide Regelungen unterscheiden sich in einzelnen Ausgestaltungsdetails, verfolgen jedoch mit der Begrenzung der öffentlichen Verschuldung gleiche Ziele. Das in der Verfassung verankerte Verbot struktureller Neuverschuldung greift für den Bund ab dem Jahr 2016, wobei ihm ein Verschuldungsspielraum von 0,35 % verbleibt. Für die Länder wird das Neuverschuldungsverbot ab dem 1. Januar 2020 wirksam. Die Gemeinden werden im Rahmen der nationalen Schuldenbremse nicht explizit erfasst, was umfassenden Anlass zur Kritik gibt und seit einiger Zeit Bestandteil finanzpolitischer und wissenschaftlicher Diskussionen ist. Folglich besteht für die Kommunen die Gefahr, dass Konsolidierungsmaßnahmen der Länder zu ihren Lasten erfolgen, etwa in Form vertikaler Aufgabenübertragungen von der Landes- zur kommunalen Ebene ohne hinreichenden finanziellen Ausgleich oder einer Reduzierung von zweckgebundenen und Schlüsselzuweisungen des Landes. Dies dürfte auf kommunaler Ebene zu weiteren finanziellen Anspannungen führen und in entsprechendem Umfang notwendige Maßnahmen der Einnahmenerhöhung, Aufgabenkürzung und -kritik im gesetzlich zulässigen Rahmen auf die Gemeinden verlagern. Mäßigend auf eine übermäßige Lastenvertikalisierung dürften hingegen die Statuten des europäischen Fiskalpakts wirken, der im Gegensatz zur nationalen Schuldenbremse die kommunale Ebene in die Schuldenbetrachtung einschließt und in dessen Rahmen

die Länder ab 2020 zusammen mit dem Bund für Verstöße des öffentlichen Gesamthaushalts finanziell haften.

Die Reform des bundesstaatlichen Finanzausgleichs

Der einnahmeseitige Rahmen der öffentlichen Haushalte und somit die Fähigkeit der Gebietskörperschaften zur Erfüllung der ihnen obliegenden öffentlichen Aufgaben wird maßgeblich durch die Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen abgesteckt, in deren Zentrum die Reform des bundesstaatlichen Finanzausgleichs steht. Diesem Kontext liegt die Frage zugrunde, wie die öffentlichen Einnahmen ab dem Jahr 2020 vertikal, also zwischen Bund und Ländergesamtheit, sowie horizontal zwischen den einzelnen Ländern (und ihren Kommunen) verteilt werden und welche Länder einen Ausgleich für Sonderlasten erhalten sollen. Weil die Kommunen unmittelbar und mittelbar an der Finanzausstattung der übergeordneten Länderebene partizipieren (zum Beispiel über die Ausgleichsmasse des landesinternen Kommunalen Finanzausgleichs), ist die Ausgestaltung des künftigen Bund-Länder-Finanzausgleichs auch für sie von erheblicher Bedeutung.

Am 14. Oktober 2016 wurde zwischen Bund und Ländern ein Modell beschlossen, das den Ausgleich der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder ab dem Jahr 2020 regeln soll. Demnach wird der Finanzkraftausgleich künftig vorwiegend über Zu- und Abschläge im Rahmen der Zuordnung der Umsatzsteuer erfolgen. Der unmittelbare Länderfinanzausgleich in geltender Gestalt entfällt hingegen. Das neue Modell steht nun vor der gesetzlichen Ratifizierung. Es sieht neben einer grundlegenden Veränderung der Systemstruktur eine deutliche Verschiebung der Ausgleichslast von den einnahmestarken Ländern zum Bund vor, der im ersten Wirkungsjahr voraussichtlich mit rund 9,7 Mrd. € höher belastet sein wird. Dieser Betrag, der den Ländern demnach zusätzlich zur Verfügung stehen soll, verteilt sich auf die einzelnen Länder ungleichmäßig. Folglich wird es zwar für jedes Land zu Mehreinnahmen, jedoch auch zu relativen Verschiebungen der Einnahmenniveaus innerhalb der Ländergemeinschaft kommen, was die konkreten Verteilungswirkungen und ihre kurz- und langfristigen Folgen zur Diskussion stellen muss.

5 Die Modellvorhaben

Im MORO-Forschungsfeld Lebendige Regionen werden insgesamt 12 Modellvorhaben in drei Runden zu jeweils vier Vorhaben gefördert. Acht Regionen sind bereits unter den eingegangenen Bewerbungen ausgewählt und haben Mitte 2016 ihre Arbeit aufgenommen, vier weitere befinden sich im Auswahlverfahren und sollen ihre Arbeit 2017 aufnehmen. So können die später startenden Modellvorhaben von den Erfahrungen der früheren profitieren. Jede Region soll in zwei Projektphasen zu jeweils zwei Jahren unterstützt werden. Je nach Ausgangssituation wird die erste Phase dazu genutzt, integrierte regionale Entwicklungsstrategien zu erarbeiten oder aus bestehenden Strategien Umsetzungsprojekte abzuleiten und zu konzipieren. In der zweiten Phase sollen unter Berücksichtigung der langfristigen finanziellen Rahmenbedingungen Leuchtturmprojekte umgesetzt werden, die idealerweise mehrere Themenfelder abdecken.

Die ersten acht Modellvorhaben

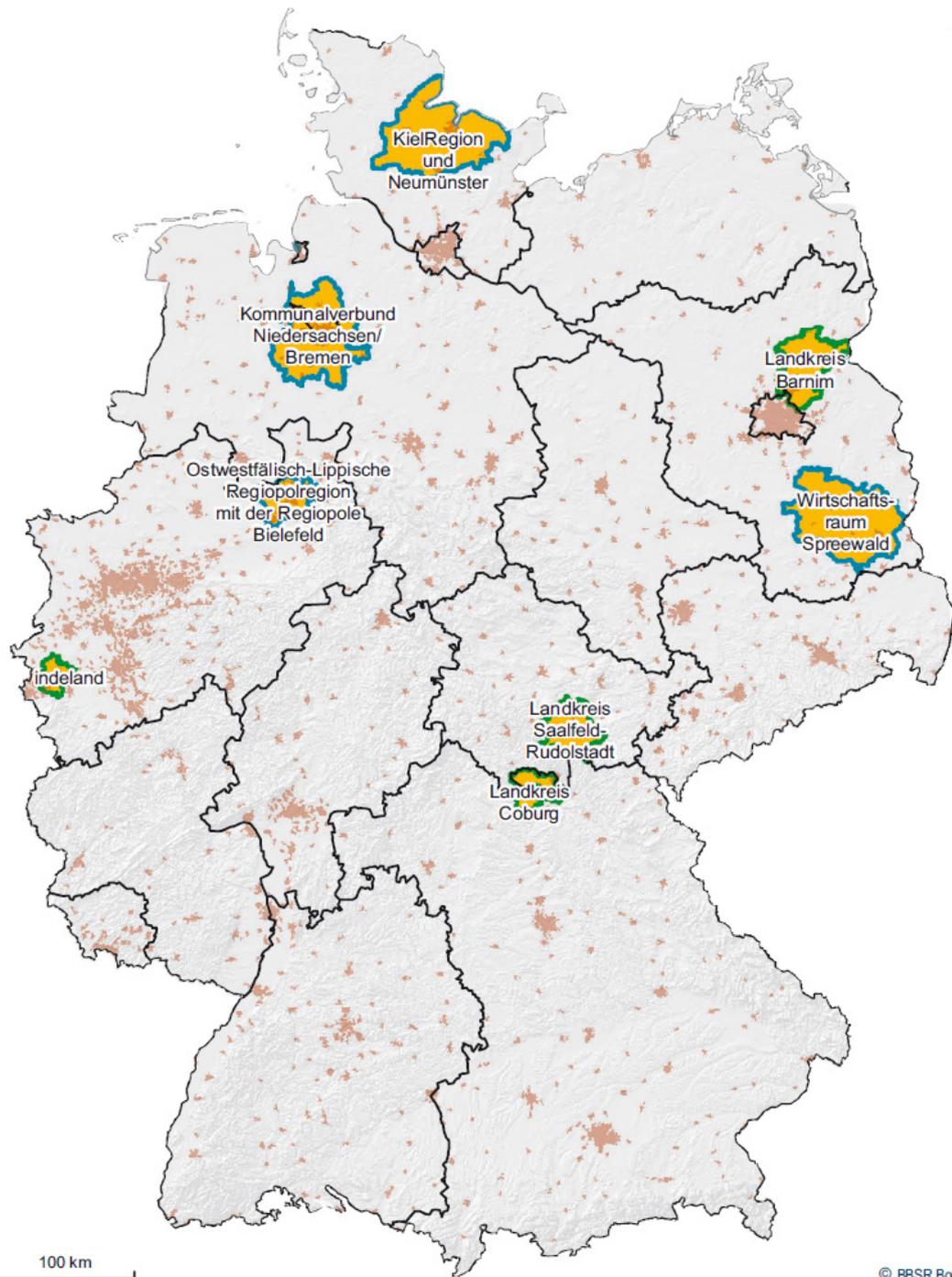
Die ersten acht Modellvorhaben spiegeln die Bandbreite struktureller Regionstypen sowie unterschiedliche Regionsgrößen wider: Neben einzelnen Landkreisen wie zum Beispiel dem metropolennahen Landkreis Barnim oder den ländlich gelegenen Landkreisen Coburg und Saalfeld-Rudolstadt sind auch regionale Verbünde wie der Wirtschaftsraum Spreewald, der Kommunalverbund Bremen/Niedersachsen oder die KielRegion mit Neumünster vertreten. Bei den regionalen Verbänden handelt es sich um Zusammenschlüsse von Gemeinden, Städten und/oder Landkreisen aufgrund funktionaler oder struktureller Zusammenhänge.

Die kleinste Modellregion ist das indeland mit einer Größe von 416 km², sie weist zugleich eine der höchsten Bevölkerungsdichten mit 363 Einwohnern/km² auf. Übertroffen wird sie durch die Ostwestfälisch-Lippische Regiopolegion, in der die Bevölkerungsdichte zwischen circa 300 Einwohnern/km² in kleineren Mitgliedsgemeinden und rund 1 290 Einwohnern/km² in Bielefeld schwankt. Die größte Modellregion ist die KielRegion mit Neumünster mit einer Fläche von 3 434 km², gefolgt vom Spreewald mit 3 127 km², der die geringste Bevölkerungsdichte mit 84,9 Einwohnern/km² aufweist.

Die Modellvorhaben haben unterschiedliche Themenschwerpunkte gewählt, die bearbeitet werden sollen. Dabei lässt sich eine Fokussierung auf die Oberthemen Wohnen, Arbeiten/Wirtschaft und Mobilität erkennen. Im Detail reicht die inhaltliche Bandbreite von der Erarbeitung und Erprobung interkommunaler Verwaltungskooperationen oder Entwicklung nachhaltiger Mobilitätsstrategien über die Integration von Flüchtlingen, das Flächen- und Leerstandsmanagement sowie die Wohnungsmarktbeobachtung bis hin zur Begleitung des regionalen Strukturwandels. Die Vorhaben verfügen dabei über unterschiedliche Ausgangssituationen und einen unterschiedlichen Erfahrungshintergrund. So knüpfen einige Vorhaben bereits an bestehende Konzepte und Strategien an und greifen auf etablierte Prozessstrukturen zurück. Für andere Vorhaben hingegen stellt das MORO den Auftakt für eine künftig noch stärkere Zusammenarbeit zwischen den Akteuren sowie Abstimmung einzelner Ressorts dar.

Die thematische Vielfalt spiegelt sich auch in der Akteursvielfalt in den Vorhaben wieder, die einer stärker integrierten Regionalentwicklung angemessen ist. Das zeigen die bereits bestehenden oder geplanten Akteursstrukturen. Neben kommunalen Verwaltungen und deren Kammereien auf Gemeinde- und Landkreisebene werden in den Vorhaben Vereine, Hochschulen, Wirtschafts- und Sozialpartner in die Bearbeitung eingebunden. Insgesamt entsteht so eine Vielfalt an Akteuren in den Regionen, mit denen die integrierten Vorhaben in Zukunft umgesetzt werden.

Modellregionen der 1. und 2. Runde im MORO Lebendige Regionen



Modellregionen im MORO "Lebendige Regionen"

- Runde 1
- Runde 2

© BBSR Bonn 2016 

Datenbasis: Laufende Raumbewertung des BBSR
Geometrische Grundlage: BKG, Länder 31.12.2013
Bearbeitung: J. Hoymann

Quelle: © BBSR Bonn 2016



Quelle: © Torsten Stapel

5.1 Landkreis Barnim – Nachhaltiger Barnim



Kennzahlen Projektregion

Gebietsfläche	1 472 km ²
Einwohneranzahl	177 411 Einwohner
Einwohnerdichte	120 Einwohner/km ²
Kontakt	Landkreis Barnim Am Markt 1 16225 Eberswalde Dr. Wilhelm Benfer Tel.: 03334 214-1848 E-Mail: foerdermittelmanagement@kvbarnim.de www.barnim.de

Regionsbeschreibung

Der Landkreis Barnim grenzt im Norden an den Landkreis Uckermark, im Westen an den Landkreis Oberhavel und im Süden an das Land Berlin und den Landkreis Märkisch-Oderland. Im Osten bildet die deutsch-polnische Landesgrenze zugleich die Kreisgrenze.

Die demografische Entwicklung stellt sich im nördlichen und südlichen Teil des Landkreises unterschiedlich dar, da durch die Nähe zu Berlin im Süden starke Wachstumsimpulse vorherrschen, während im Norden zunehmend negative Auswirkungen des demografischen Wandels zu verzeichnen sind.

Anlass für das Modellvorhaben

Vor dem Hintergrund der regionalen Ausgangssituation hat der Landkreis drei Handlungsfelder identifiziert, auf denen er im MORO aktiv werden wird.

Zum ersten ist dies die Schaffung einer inhaltlichen Klammer, orientiert an den Prinzipien der Nachhaltigkeit, um ei-

nen themenübergreifenden Überblick zu ermöglichen. Für viele themenspezifische Bereiche der Aufgabenerfüllung des Landkreises Barnim gibt es konzeptionelle Grundlagen, die sich jedoch nur mit einzelnen Aufgaben- und Politikbereichen auseinandersetzen. Deren Passfähigkeit untereinander wurde bisher noch nicht untersucht.

Das zweite Handlungsfeld widmet sich dem Thema Mobilität, denn besonders in den dünn besiedelten ländlichen Gebieten des Landkreises wurden die vorhandenen Mobilitätsangebote im öffentlichen Personennahverkehr aufgrund der geringen Auslastung bei gleichzeitig hohen Kosten eingeschränkt. Dies betrifft auch die gesundheitliche Versorgung. Für die älteren, mobilitätseingeschränkten Menschen in ländlichen Gebieten sind Gesundheitsleistungen immer schlechter mit angemessenem Aufwand zu erreichen. Im berlinnahen Raum gibt es Forderungen nach einem Ausbau des Liniennetzes und einer Erweiterung des bestehenden Angebotes. Die Herausforderung besteht darin, auf die Forderungen der Kunden nach flexibler und zuverlässiger Mobilität zu reagieren, gleichzeitig aber auch

die begrenzten finanziellen Mittel der öffentlichen Haushalte zu berücksichtigen.

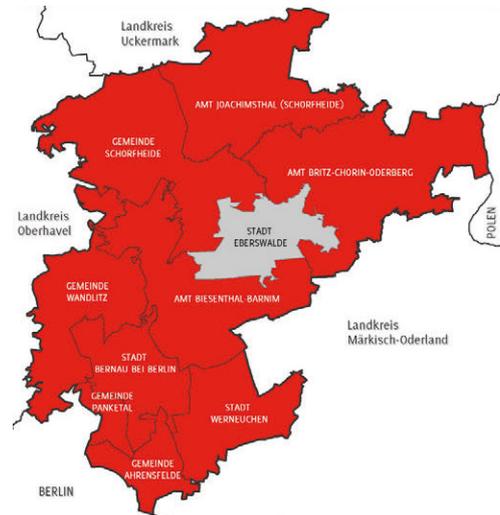
Die Energieversorgung stellt das dritte Handlungsfeld dar. Mit dem aktuell gefassten Beschluss des Landkreises Barnim zur Gründung von Kreiswerken dokumentiert der Landkreis seinen Willen, eine eigenständige Gestaltung der Energieversorgung voranzutreiben. Eine aktive Beteiligung der Gemeinden und die Akzeptanz der Bevölkerung sind dabei von großer Bedeutung. Um diese zu unterstützen, sollen verschiedene Maßnahmen zur Umsetzung einer kommunal gestalteten Energiewende und zur Steigerung der allgemeinen Akzeptanz und Identifizierung durchgeführt und bewertet werden.

Ziele des Modellvorhabens

Analog zu den Handlungsfeldern wurden drei Teilprojekte entwickelt, denen folgende Ziele zugrunde liegen.

Mit der Erarbeitung der Entwicklungsstrategie soll im Ergebnis des ersten Teilprojektes eine übergeordnete Handlungsgrundlage für eine zukünftig nachhaltige Entwicklung im Landkreis entstehen, die eine zielorientiertere Arbeitsweise in den einzelnen Wirkungsbereichen der Kommune ermöglicht. Es sollen Entscheidungsparameter herausgearbeitet werden, die den Landkreis bei der Erbringung von Pflichtleistungen unterstützen und auf eine nachhaltigere Verfahrens- und Handlungsweise hinwirken. Die heterogene Struktur des Landkreises bringt dabei sehr verschiedene teilräumliche Herausforderungen mit sich, die gleichzeitig eine unterschiedliche Finanzierungspolitik nach sich ziehen. In den berlinnahen Gemeinden wird die Bewältigung des Wachstums, u.a. mit dem notwendigen Ausbau von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, vordergründig betrachtet. Mit zunehmender Entfernung von der Hauptstadt überwiegen jedoch die Aufgaben der Sicherung der Erreichbarkeit der bestehenden Versorgungseinrichtungen, die Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung und der Umgang mit bereits fortschreitenden Schrumpfungsprozessen.

Im zweiten Teilprojekt sollen weitgehend voneinander getrennte Beförderungssysteme der Bereiche Gesundheitswirtschaft und ÖPNV bezüglich ihrer Organisation und Finanzierung kombiniert werden. Die sich in diesem Prozess ergebenden Synergiepotenziale sollen erkannt werden, um die Finanzierung zukunftsfester zu gestalten.



Karte Barnim; Quelle: © Landkreis Barnim

Im dritten Teilprojekt wird eine Akzeptanzsteigerung für eine kommunal gesteuerte Energiewende und das Interesse an der Nutzung erneuerbarer Energien innerhalb der Bevölkerung des Landkreises angestrebt. Die finanzwirtschaftlichen Fragestellungen des dritten Teilprojektes beziehen sich auf die Potenziale einer kommunal gesteuerten Energiewende für eine kostenreduzierende Energieversorgung kommunaler Liegenschaften, auf eine stabile Gebührenentwicklung im Bereich der Abfallwirtschaft sowie den gemeinwohlorientierten Einsatz von erwirtschafteten Erträgen, zum Beispiel aus der Netzbetriebung.

Arbeitsschritte

Teilprojekt 1:

- Erarbeitung der Strategie
- Ableitung der fachspezifischen Ziel- und Handlungsvorgaben für die Aufgabenbereiche der Kreisverwaltung
- Abgleich dieser Vorgaben mit den bestehenden fachspezifischen Entwicklungskonzepten des Landkreises

Teilprojekt 2:

- Analyse von Patientengruppen und deren Anforderungen, Analyse potenzieller Versorgungsbereiche und vorhandener Krankenfahrten
- Vor-Ort-Gespräche mit Interessengruppen, Durchführung von Info-Workshops
- Abgleich der aus gesundheitswirtschaftlichen Gründen erforderlichen Beförderungsnöwendigkeiten mit den Verknüpfungsmöglichkeiten zum übrigen Personenahverkehr

Teilprojekt 3:

- Erhebung des gegenwärtigen Akzeptanzlevels für eine kommunal gestaltete Energie(versorgungs-)politik
- Umsetzung individueller Maßnahmenpakete zur Steigerung der Akzeptanz erneuerbarer Energieprojekte
- Erhebung des nach Durchführung der Maßnahmen vorhandenen Akzeptanzlevels



Quelle: © Landkreis Coburg

5.2 Landkreis Coburg

Coburger Land im Wandel – Verantwortungsgemeinschaftliche Steuerung in der kommunalen Integrationspolitik



Kennzahlen Projektregion

Gebietsfläche	590 km ²
Einwohneranzahl	86 715 Einwohner
Einwohnerdichte	147 Einwohner/km ²
Kontakt	Landkreis Coburg Lauterer Straße 60 96450 Coburg Martina Berger, Jonas Glüsenkamp Tel.: 09561 514-635 E-Mail: lebendige.regionen@landkreis-coburg.de www.coburgerland-im-wandel.de

Regionsbeschreibung

Der bayerische Landkreis Coburg liegt im Norden des Regierungsbezirks Oberfranken in direkter Grenzlage zu Thüringen. Mit 86 715 Einwohnern auf einer Fläche von 590 km² beträgt die Bevölkerungsdichte 147 Einwohner/km². Der Landkreis zählt damit zum siedlungsstrukturellen Regionstyp des ländlichen Raums höherer Dichte. Insgesamt ist der Kreis von einer dezentralen Siedlungsstruktur mit überwiegend kleinen Kommunen (< 5 000 Einwohner), bestehend aus 17 kreisangehörigen Städten und Gemeinden und über 140 Ortsteilen, geprägt.

In der geografischen Mitte des Landkreises liegt die kreisfreie Stadt Coburg. Sie erfüllt dabei mit ihren oberzentralen Funktionen wichtige Versorgungsaufgaben für den gesamten Landkreis, sodass zwischen Stadt- und Landkreiskommunen – insbesondere aber im direkten Stadt-Umland-Bereich – enge räumliche und funktionale Verflechtungen im Arbeits-, Wohn-, Bildungs- und Einkaufsbereich bestehen.

Die im Landkreis liegenden Städte Neustadt bei Coburg (15 258 Einwohner) und Rödentel (13 075 Einwohner) ergänzen als Mittelzentren die Entwicklungs- und Versorgungsfunktionen für den Verflechtungsbereich im nördlichen Teil des Landkreises. Für die Landkreiskommunen ergeben sich unterschiedliche Herausforderungen bei der Bereitstellung von Daseinsvorsorgeangeboten, insbesondere für Kommunen außerhalb des Stadt-Umland-Bereiches, da sie zusätzlich eigene Infrastrukturen vorhalten müssen.

Der Landkreis hat sich bereits seit 2011 im Rahmen des MORO-Aktionsprogramms „Regionale Daseinsvorsorge“ mit ausgewählten Herausforderungen des demografischen Wandels beschäftigt und erste Handlungsansätze entwickelt. Das Thema Integration im aktuellen MORO ist im engen Kontext zu den zuvor genannten Herausforderungen zu sehen, da es in alle Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge hineinwirkt, Chancen bietet, aber gut begleitet und solide finanziert werden muss.

Anlass für das Modellvorhaben

Im Landkreis Coburg sind derzeit 622 Migranten untergebracht, von denen ein großer Teil Familien sind. Die Nationalitäten der Flüchtlinge spiegeln die aktuellen internationalen Krisenherde wider. So befinden sich im Landkreis Coburg derzeit unter den Flüchtlingen 180 Syrer, 123 Migranten aus Afghanistan und 108 Iraker. Aktuell kümmern sich viele verschiedene Stellen auf verschiedenen Ebenen um die Flüchtlinge vor Ort. Es ist festzustellen, dass Integration dabei eher versatzstückhaft stattfindet, da es keine geübte Kooperationspraxis gibt. Die Strukturen befinden sich durchgängig im Aufbau (oder zum Teil schon wieder im Abbau), die Zuständigkeiten sind unklar oder es bestehen Mehrfachzuständigkeiten.

Das Handlungsfeld „Integration von Flüchtlingen“ ist aktuell zudem nach wie vor stark geprägt von der Krisenhaftigkeit, die durch den Zuzug an Flüchtlingen im letzten Jahr entstanden ist. Es mussten schnell Strukturen geschaffen werden – das war allen in diesem Feld Tätigen und Zuständigen bewusst –, und das wurde auch vollzogen. Es hat aber zur Folge, dass ein „strategisch-koordiniertes“ Handeln bislang nicht erfolgte, das es gleichzeitig ermöglicht, die sich aus der gelingenden Integration ergebenden Potenziale tatsächlich zu nutzen. Deswegen erscheint es notwendig, sich im Rahmen des MORO-Forschungsfeldes Lebendige Regionen strategisch mit dem Handlungsfeld „Integration von Migranten“ zu befassen, zu definieren, welche strukturellen und finanziellen Standards notwendig sind, und wie diese Standards implementiert werden können, ohne Kommunen finanziell zu stark zu belasten.

Ziele des Modellvorhabens

Grundlegendes Ziel ist es, die Chancen und Potenziale, die sich aus der Zuwanderung für den ländlichen Raum ergeben, zu erkennen, öffentlich zu kommunizieren und umfassend zu erschließen. Dafür soll ein „Masterplan Integration“ entwickelt werden, in dem definiert ist, welche Strukturen auf den unterschiedlichen Ebenen vorhanden sind bzw. perspektivisch sein sollten, um gelingende Integration zu ermöglichen und welche Ressourcen hierfür benötigt werden. Des Weiteren sollen alternative Finanzierungsmöglichkeiten in der kommunalen Finanzpolitik zur Bewerksstellung öffentlicher Aufgaben untersucht und implementiert werden. Die zur Umsetzung dieser Ziele notwendigen Forschungsleitfragen sollen im Rahmen des Modellvorhabens bearbeitet und beantwortet werden:



Karte Coburg; Quelle: © Landkreis Coburg

Welche finanzwirtschaftlichen, strukturellen und personellen Rahmenbedingungen werden im Landkreis Coburg benötigt, damit Integration gelingen kann? Wie kann Integration dazu beitragen, dass die öffentliche Daseinsvorsorge in einer demografisch schrumpfenden Region qualitativ erhalten bleiben kann?

Arbeitsschritte

- Erfassung der im Prozess zu beteiligenden Akteure und Evaluierung der vorhandenen Strukturen im Bereich Integration
- Implementierung der Prozesssteuergremien zur Begleitung des Modellvorhabens und Einbeziehung der Öffentlichkeit
- Datenerhebung, -sammlung und -analyse im Bereich Integration im Landkreis Coburg
- wissenschaftliche Szenarienanalyse zur Entwicklung der kommunalen Finanzen in enger Anbindung an die beteiligten Kommunen
- Evaluation der Szenarienanalyse und Ermittlung von konkretem Handlungsbedarf
- Konzeptionierung eines Finanzsteuerungsmodells mithilfe externer Beratungsleistung, bspw. für das Handlungsfeld Integration



Quelle: © Stephan Breuer

5.3 indeland – Raum schaffen durch Ressourceneffizienz – Mehr aus weniger machen



Kennzahlen Projektregion

Gebietsfläche	416 km ²
Einwohneranzahl	> 150 000 Einwohner
Einwohnerdichte	363 Einwohner/km ²
Kontakt	Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH Bismarckstraße 16 52351 Düren Yan Huo Tel.: 02421 22-1507 E-Mail: y.huo@kreis-dueren.de www.indeland.de

Regionsbeschreibung

Das indeland ist eine Teilregion des Rheinischen Braunkohlereviere und liegt nahe des Dreiländerecks Deutschland-Belgien-Niederlande zentral zwischen Aachen im Südwesten und Köln im Osten. Auf 416 km² leben hier über 150 000 Menschen. Dies bedeutet eine Einwohnerdichte von 363 Einwohnern/km² (von 202 Einwohnern/km² in Linnich bis 735 Einwohnern/km² in Eschweiler).

Das indeland ist ein interkommunaler Zusammenschluss des Kreises Düren, der Städte Eschweiler (StädteRegion Aachen), Jülich und Linnich sowie der Gemeinden Aldenhoven, Inden, Langerwehe und Niederzier (alle Kreis Düren). Alle Partner verfolgen das gemeinsame Ziel, den regionalen Strukturwandel zu gestalten. Vor diesem Hintergrund wurde 2006 die Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH (EwiG) gegründet.

Das indeland wird maßgeblich durch den Braunkohletagebau und den damit einhergehenden Strukturwandel geprägt, der es zu einem attraktiven Wirtschafts- und Lebensraum

macht. Der Tagebau Inden und das Kraftwerk Weisweiler bieten circa 3 000 Arbeitsplätze. Es bestehen starke funktionale Verflechtungen mit den umliegenden Ballungsräumen, vor allem mit den Städten Aachen, Düsseldorf und Köln (Pendeln, Freizeit, Einkaufen usw.). Bis auf die Mittelzentren Eschweiler und Jülich ist das indeland eher ländlich geprägt und den bekannten demografischen Entwicklungen unterworfen. Neben dem Energie- und Umweltsektor zählen die Branchen Forschung und Entwicklung, Materialien und Werkstoffe sowie Logistik zu den wirtschaftlichen Kernkompetenzen. Das Forschungszentrum Jülich, die Niederlassung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) sowie der Standort der FH Aachen in Jülich sind überregional bekannte Wissenschaftseinrichtungen.

Das indeland ist die erste Teilregion des Rheinischen Braunkohlereviere, die vom Ende des Kohleabbaus betroffen sein wird. Das indeland ist innerhalb der Innovationsregion Rheinisches Revier Modellraum für die Entwicklungsinitiativen der benachbarten Tagebaue Hambach und Garzweiler I/II.



Karte indeland; Quelle: © oecher design

Anlass für das Modellvorhaben

Das indeland ist durch das absehbare Ende des Braunkohle-tagebaus von gravierenden Veränderungen in der Wirtschafts-, Landschafts- und Sozialstruktur geprägt. Diese Entwicklungen führen zu einem strategischen Dilemma, da einerseits kein Weg an einer kostensensiblen Haushaltsgestaltung vorbeiführt, eine zukunftsfähige und ganzheitliche Regionalentwicklung andererseits jedoch Wachstumsimpulse und Investitionen erfordert. Unbeschadet einer aus kommunaler Sicht notwendigen Revision föderaler Finanzbeziehungen ist daher die interkommunale Zusammenarbeit an der Schnittstelle von Regionalentwicklung und kommunalen Finanzen von herausragender Bedeutung. Es geht darum, unter Berücksichtigung gegebener Rahmenbedingungen die finanzielle Situation der Kommunen angesichts zunehmender und vielfältiger Aufgaben zu optimieren.

Die Einstellung der Braunkohlegewinnung und -verstromung, die Gestaltung eines großflächigen Restsees (circa 1 160 ha) sowie die erkennbare Neuausrichtung der Energiewirtschaft im Rahmen der Energiewende stellen besondere Herausforderungen für das indeland dar. Darüber hinaus markieren der demografische Wandel, der (land-)wirtschaftliche Strukturwandel, die Mobilitätsentwicklung, der Klimawandel sowie die Ressourcenverknappung wesentliche Einflussfaktoren für die Entwicklung. Als wesentliche Elemente des im Januar 2016 beschlossenen Masterplan indeland 2030 sind ressourceneffizientes Bauen und Wohnen („Faktor X“), Mobilität und interkommunale Gewerbegebietsentwicklung Leitprojekte mit signifikanten mittelbaren und unmittelbaren Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen. Das Modellvorhaben "Raum schaffen durch Ressourceneffizienz – Mehr aus weniger machen" bietet darauf aufbauend in seiner Grundkonzeption den idealen Rahmen, um intersektorale, integrierte Lösungen für die vielfach angespannte Finanzsituation der Kommunen und der Region herbeizuführen.

Ziele des Modellvorhabens

Im Modellvorhaben sollen für die Kommunen des indelands finanzielle Einspar-, Ertrags- und Synergiepotenziale individuell identifiziert und darauf aufbauend neue Strategien für einen ressourcenschonenden Umgang mit finanziellen Mitteln entwickelt werden. Dabei werden vier inhaltliche Teilziele verfolgt:

- 1. Teilziel ist, in Politik und Verwaltung ein vertieftes Verständnis für die Notwendigkeit eines nachhaltigen Umgangs mit öffentlichen Mitteln zu verankern und zudem einen sektorenübergreifenden „Nachhaltigkeits- bzw. Finanzcheck“ zu entwickeln (→ integriertes Konzept).
- 2. Teilziel ist festzustellen, welche haushalterischen Auswirkungen die bisherigen Ansätze für ressourceneffizientes Bauen („Faktor X“) haben – auch mit Blick auf den erwartbaren Zuwachs an Bautätigkeit in der Region (→ Bauen und Wohnen).
- 3. Teilziel ist die Erfassung von Nutzen und Ersparnissen durch Mobilstationen, insbesondere vor dem Hintergrund der gravierenden Veränderungen des Wirtschafts- und Lebensraums indeland (→ Mobilität).
- 4. Teilziel ist die Bewertung des Lasten-Nutzen-Ausgleiches zwischen den Gemeinden durch die Realisierung interkommunaler Gewerbegebiete auf der Grundlage des vorhandenen bzw. rekrutierbaren Flächenbestandes (→ interkommunale Gewerbegebiete).

Arbeitsschritte

- MORO-Arbeitskreis einrichten
- Status quo analysieren
 - Ableitung eines integrierten Konzeptes, das die finanziellen Einspar-, Ertrags- und Synergiepotenziale in der Regionalentwicklung sektorenübergreifend und mit Blick auf den fortschreitenden und vorhersehbaren regionalen Strukturwandel aufzeigt.
- Bewertung von drei Einzelmaßnahmen mit Hilfe des erarbeiteten Konzeptes:
 - o Ressourceneffizientes Bauen („Faktor X“)
 - o Mobilstationen
 - o interkommunale Gewerbegebiete
- Optimierungsoptionen ableiten
- Übertragbarkeit prüfen und Handlungsempfehlungen formulieren



Quelle: © Friedemann

5.4 KielRegion & Stadt Neumünster

Wohnen-Arbeiten-Lernen – Interkommunale Kooperationen zur Integration von Geflüchteten



Kennzahlen Projektregion

Gebietsfläche	3 434 km ²
Einwohneranzahl	720 000 Einwohner
Einwohnerdichte	209 Einwohner/km ²
Kontakt	KielRegion GmbH Fraunhoferstraße 2-4 24118 Kiel Martin Kliesow Tel.: 0431 530355-16 E-Mail: m.kliesow@kielregion.de www.kielregion.de

Regionsbeschreibung

Die KielRegion ist die Hauptstadtregion in Schleswig-Holstein und wird im Nordosten im Wesentlichen durch die Ostsee, im Norden durch den Kreis Schleswig-Flensburg und im Westen durch den Kreis Dithmarschen begrenzt. Im Süden schließen sich die Kreise Steinburg und Segeberg sowie die Stadt Neumünster und im Südosten der Kreis Ostholstein an. In der KielRegion und Neumünster leben auf einer Fläche von knapp 3 434 km² circa 720 000 Menschen und damit über ein Viertel der Bevölkerung Schleswig-Holsteins. Sie umfasst die Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde sowie die Landeshauptstadt Kiel und die Stadt Neumünster. Somit wird der Planungsraum II der schleswig-holsteinischen Regionalplanung zum Untersuchungsraum. Insgesamt gehören diesem Raum 252 Gemeinden und Städte an.

Anlass für das Modellvorhaben

Aktuell beschäftigt sich die bestehende interkommunale Zusammenarbeit in der Region mit den Themen Regio-

marketing, Fachkräftesicherung, Verbesserung und Sicherung der Mobilität, gemeinsame Gewerbeflächenentwicklung, Kooperation innerhalb des Bildungsclusters der Region sowie mit Themen der Daseinsvorsorge.

Die Integration von Geflüchteten aus Krisengebieten hat von 2015 bis 2016 im kommunalen Aufgabenspektrum in der Region deutlich an Bedeutung gewonnen und wird weiterhin bedeutend sein. Eine systematische Betrachtung hinsichtlich der Frage, welche der kommunalen Aufgaben zur Integration von Geflüchteten gemeinsam mit anderen Kommunen durchgeführt werden könnten, hat bisher nicht stattgefunden. Wesentlicher Grund dafür war die in den letzten Monaten notwendige Konzentration der kommunalen haupt- und ehrenamtlichen Kräfte auf pragmatische Lösungen der Erstversorgung und der Begleitung bzw. Einleitung der Asylverfahren sowie der damit verbundenen Maßnahmen. Neben der Pflichtaufgabe der humanitären Erstversorgungshilfe und der Verteilung der Geflüchteten besteht parallel auch die Aufgabe der Integration

derjenigen, die langfristig neue Bürgerinnen und Bürger der Region werden möchten.

Die Integration von Geflüchteten ist ein Beispiel des Aufgabenzuwachses der Kommunen. Der Aufgabenzuwachs erzeugt steigende Kosten und damit verbunden einen entsprechend erhöhten Finanzierungsbedarf. Gleichzeitig sind die sich verändernden finanziellen Rahmenbedingungen zur Finanzierung der kommunalen Aufgaben in den kommenden Jahren von hohen Unsicherheiten geprägt, insbesondere durch das Wirksamwerden der Schuldenbremse, durch die Folgen demografiebedingter Verwerfungen und durch die Reform des bundesstaatlichen Finanzausgleichs (Neuordnung der Bund-Länder-Finzen und der damit verbundenen Änderungen der fiskalischen Rahmenbedingungen auf den verschiedenen föderalen Ebenen). Aus diesen Gründen soll im Rahmen des MORO auch geprüft werden, inwieweit bestehende Partner in die Finanzierung regionaler Projekte einbezogen werden können. Beispielsweise ist hier die Miteinbeziehung von Universitäten, Verbänden und Kammern in die Ausarbeitung und Finanzierung eines regionalen Willkommensportals zu nennen, wobei die Partner die jeweils für sie interessanten Bereiche mitfinanzieren und im Gegenzug an der inhaltlichen Ausgestaltung des Themenbereichs beteiligt werden.

Ziele des Modellvorhabens

Das operative Ziel des Vorhabens „Wohnen-Arbeiten-Lernen – Interkommunale Kooperationen zur Integration von Geflüchteten“ ist es,

- einen umsetzungsnahen Strategie- und Aktionsplan zu entwickeln, der aufzeigt, wie sich die derzeitige Situation um die Integration von Flüchtlingen darstellt und mit welchen gemeinsamen Maßnahmen in der KielRegion und der Stadt Neumünster die Integration von Geflüchteten zeitnah und dauerhaft verbessert werden kann.

Die strategischen Ziele des Vorhabens sind:

- Schaffen von Transparenz über die Situation in Städten und Kommunen bzgl. der Integration von Geflüchteten in der KielRegion und der Stadt Neumünster.
- Schaffen von Transparenz über die Möglichkeiten und Grenzen von interkommunalen kooperativen Maßnahmen bei der Integration von Geflüchteten in der KielRegion und der Stadt Neumünster.



Karte KielRegion & Stadt Neumünster; Quelle: © KielRegion GmbH

- Entwicklung einer kohärenten interkommunalen Strategie mit einem Katalog an interkommunalen Umsetzungsmaßnahmen und -projekten in der KielRegion und der Stadt Neumünster.
- Entwicklung interkommunaler Leuchtturmprojekte zur besseren Integration von Geflüchteten in der KielRegion und der Stadt Neumünster.

Die Bearbeitung der Ziele konzentriert sich auf die Bereiche Wohnen, Arbeiten und Lernen. Außerdem liegt der Fokus auf Maßnahmen, die durch eine stärkere Kooperation der Kommunen bei der Integration von Geflüchteten effizienter und effektiver durchgeführt werden können. Dabei gilt es auch zu ermitteln, welche finanziellen Konsequenzen mit dem Strategie- und Aktionsplan verbunden sind und ob die interkommunale Aufgabenerledigung die Finanzsituation der kommunalen Haushalte zu verbessern hilft.

Arbeitsschritte

- Projektgruppen besetzen (Projektsteuerungsgruppe und Projektbeirat)
- externen Dienstleister zur Erarbeitung des Konzeptes beauftragen
- Facharbeitsgruppen besetzen
- Workshops, Facharbeitsgruppen und Interviews für Bestandsanalyse durchführen
- Handlungsfelder und Umsetzungsprojekte identifizieren
- finanzwissenschaftliche Aspekte durch Planspiel aufarbeiten und einbringen
- Konzepterstellung abschließen
- Konzepterstellung nachbereiten bzw. identifizierte Handlungsfelder und Prozesse durch weitere Veranstaltungen und Workshops verstetigen
- erstes Umsetzungsprojekt außerhalb des Rahmens des Modellvorhabens umsetzen
- Umsetzungsprojekte von der konzeptionellen Ebene lösen und für die Umsetzungsphase vorbereiten



Quelle: © Susanne Krebser

5.5 Region Bremen – Regionale Wohnungsmarktbeobachtung und -strategie



Kennzahlen Projektregion

Gebietsfläche	3 030 km ²
Einwohneranzahl	1,05 Mio. Einwohner
Einwohnerdichte	346 Einwohner/km ²
Kontakt	Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V. Delmegarten 9 27749 Delmenhorst Benjamin Möller Tel.: 04221 98124-21 E-Mail: moeller@kommunalverbund.de www.kommunalverbund.de

Regionsbeschreibung

Im Gebiet des Kommunalverbundes Niedersachsen/Bremen e.V., der Region Bremen, leben rund 1,05 Mio. Einwohner in 28 Kommunen, Städten, Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreisen. Größtes Mitglied ist die Stadt Bremen mit 547 000 Einwohnern, kleinstes Mitglied die Gemeinde Dötlingen im Landkreis Oldenburg mit 6 000 Einwohnern.

Die Region Bremen liegt im Herzen der Metropolregion Nordwest. Hier leben etwa 40 % der Einwohner der Metropolregion auf 3 030 km² (entspricht 22 % der Fläche der Metropolregion). Die Region ist geprägt durch zahlreiche Verflechtungen – im Verkehr, in der Wirtschaft, in der Kultur. Ob die Bewohner zum Einkaufen oder ins Theater fahren, sie medizinische Versorgung benötigen oder ihre Kinder ins Schwimmbad wollen: Verwaltungsgrenzen spielen kaum eine Rolle.

Anlass für das Modellvorhaben

Die Regionalplanung ist in fünf an das Zentrum angrenzenden Landkreisen und den beiden kreisfreien Städten Bremen und Delmenhorst eher kleinteilig organisiert. Eine zunehmend verbindlichere, Verwaltungsgrenzen überschreitende Regionalentwicklung wird durch die Mitglieder im Kommunalverbund angestrebt. Dabei wird themenorientiert in und mit allen planenden Ebenen gearbeitet.

Das Vorhaben behandelt an der Schnittstelle von formeller Regionalplanung und Regionalentwicklung eines der dringlichen Themen für die Region Bremen, nämlich die gesamtregionale Versorgung aller Bevölkerungsgruppen mit bezahlbarem Wohnraum. Dabei werden auch aktuelle, durch Zuwanderung ausgelöste Entwicklungen mit Blick auf einen nachhaltigen Umgang bearbeitet.

Mit Blick auf die finanzwirtschaftliche Entwicklung ist vor allem der Zusammenhang zwischen regionaler Siedlungsentwicklung und kommunalen Infrastrukturfolgekosten interessant, um künftig die politische und administrative interkommunale Zusammenarbeit zu erleichtern.

Ziele des Modellvorhabens

Übergeordnetes Ziel ist die Entwicklung einer regional abgestimmten Strategie für die zukünftige Siedlungsentwicklung mit folgenden Zielen: den Flächenverbrauch zu reduzieren, Wachstum der Region durch eine intelligente Flächenentwicklung und Innenentwicklung zu unterstützen und die Befriedigung von Wohnraumbedürfnissen für alle Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten. Dieses Ziel erreicht die Region Bremen durch die Schaffung einer Datengrundlage, die durch die Ergänzung von Wohnungsmarktkindikatoren in das derzeit genutzte Regionalmonitoring einfließen wird. Der Kontakt mit und das Einbinden von Akteuren des Wohnungsmarktes wird den Transfer von Beobachtung zu Strategie und Umsetzung (in der zweiten Phase des Modellvorhabens) unterstützen.

Die Strategie wird zum Ablauf des Modellvorhabens der Politik in der Region zum Beschluss für die anschließende verbindliche Umsetzung vorgelegt.

Im finanzwirtschaftlichen Teil des Vorhabens wird es vor allem um die regionsspezifische Abbildung der Finanzsituation gehen: in einem Zwei-Städte-Bundesland Bremen (Herausforderung Kommunalen Finanzausgleich und Länderfinanzausgleich) und einem Flächenland Niedersachsen, dessen Kommunen in den letzten Jahren die Doppik eingeführt haben, besteht die Herausforderung einer realitätsnahen Abbildung der Finanzsituation. Ziel ist es, den Kommunen finanzielle Handlungsspielräume in der Regionalentwicklung aufzuzeigen und die Auswirkungen kommunaler Maßnahmen im Verhältnis zu einer regionalen Strategie abzuschätzen.

Arbeitsschritte

Die fünf ausgewiesenen Arbeitspakete sind für die kommenden zwei Jahre durchterminiert und stellen damit die Basis für das projektinterne Vorgehen dar:

→ Arbeitspaket 1 „Datenauswertung“ beinhaltet die Festlegung der Indikatoren, die Zusammenstellung und Darstellung der Daten, die Arbeitsaufnahme regionale



Karte Region Bremen;
Quelle: © Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V.

- Lenkungsgruppe, die Grundlagenerarbeitung für die Homepage, die finanzwissenschaftliche Beratung, die Auswertung der Daten, die Typisierung der Kommunen, Planspiel, Foren, Bereisung und Sachstandsbericht.
- Arbeitspaket 2 „Dokumentgestützte Analyse“ umfasst die Konkretisierung und Ergänzung der Abfrage Flächenpotenziale, Darstellung der teilsräumlichen Aussagen/Konzepte, Fachgespräche mit Experten und Regionalgespräche.
 - Arbeitspaket 3 „Flächenpotenziale“ beinhaltet die Vorbereitung und Durchführung der Abfrage Flächenpotenziale und die Darstellung der Flächenreserven der Gemeinden.
 - Arbeitspaket 4 „Regionale Wohnungsmarktanalyse“ umfasst eine Stärken-Schwächen-Analyse, Typisierung der Städte und Gemeinden, Gegenüberstellung des qualitativen und quantitativen Wohnungsmarktes mit der prognostizierten Nachfrage und Entwicklung von Eckpunkten für eine regionale Wohnungsmarktstrategie.
 - Arbeitspaket 5 „Regionale Wohnungsmarktbeobachtung“ enthält das Konzept zur Wohnungsmarktbeobachtung und einen Workshop zur Wohnungsmarktbeobachtung.



Quelle: Bielefeld Marketing GmbH

5.6 Ostwestfälisch-Lippische Regiopole mit der Regiopole Bielefeld (Regiopole Bielefeld) – Vernetzt denken, interkommunal handeln. Integrierte Lösungen für die Regiopole Bielefeld



Kennzahlen Projektregion

Gebietsfläche	rund 860 km ²
Einwohneranzahl	rund 670 000 Einwohner
Einwohnerdichte	zwischen rund 1 290 Einwohner/km ² in Bielefeld und rund 300 Einwohner/km ² in kleineren Kommunen wie zum Beispiel Halle/Westfalen
Kontakt	Stadt Bielefeld für die Regiopole Bielefeld Niederwall 25 33602 Bielefeld Andreas Hubalek Tel.: 0521 51-2010 E-Mail: andreas.hubalek@bielefeld.de www.bielefeld.de

Regionsbeschreibung

Die Regiopole Bielefeld liegt im Nordosten Nordrhein-Westfalens und bildet den Verdichtungsraum des Regierungsbezirks Detmold bzw. Ostwestfalen-Lippes (OWL). Der 2016 gegründete interkommunale Zusammenschluss ist räumlich auf die Regiopole Bielefeld zugeschnitten und schließt vertraglich zehn weitere unmittelbar an Bielefeld angrenzende Partnerkommunen ein (Gütersloh, Herford, Bad Salzuflen, Halle/Westfalen, Steinhagen, Enger, Oerlinghausen, Leopoldshöhe, Spenge und Werther; Stand Mai 2016). Die Regiopole folgt somit den realweltlichen Beziehungen ihrer Bewohnerinnen und Bewohner, die sich schon seit langem über die Grenzen der einzelnen Gemeinden hinweg orientieren. In der circa 860 km² großen Region leben 670 000 Menschen. Die Bevölkerungsdichte der beteiligten Kommunen bewegt sich zwischen rund 1 290 Einwohnern/km² in Bielefeld und circa 300 Einwohnern/km² in kleineren Mitgliedsgemeinden wie Halle/Westfalen.

Die Ausgangssituation der Regiopole Bielefeld weist typische Merkmale von Räumen im Zwischenbereich von Metropolregionen und ländlichen Randlagen auf. Die Region verfügt als Wachstumsbereich außerhalb der Ballungsräume über beachtliche Entwicklungspotenziale durch ihre Wirtschaftsstruktur mit zahlreichen Familienunternehmen, die breit gefächerte Hochschullandschaft und ein vielfgestaltiges Kulturangebot besonders in den größeren Städten der Region. Gleichzeitig können insbesondere die ländlich strukturierten Standorte der Region vielfach hochwertige Wohn- und auch Produktionsstandorte bieten und tragen mit ihrem Angebot an Naherholungsdestinationen zur insgesamt hohen Wohn- und Lebensqualität in der Regiopole Bielefeld bei.

Anlass für das Modellvorhaben

Der sich bundesweit verschärfende Standortwettbewerb insbesondere um „Köpfe und Kapital“ macht es erforderlich, dass die Regiopole Bielefeld im direkten Vergleich mit



Karte Regiopolregion Bielefeld; Quelle: © Geobasis NRW 2015

den Ballungsräumen an Rhein und Ruhr, aber auch Hannover, Hamburg und Berlin nicht ins Hintertreffen gerät und als Peripherie wahrgenommen wird. Eine starke Triebfeder der Kooperation in der Regiopolregion Bielefeld ist entsprechend die Absicht, die Stellung als Investitions-, Bildungs- und Wohnstandort dauerhaft abzusichern.

Interkommunale Kooperation ist vor dem Hintergrund der sich weiter verschlechternden kommunalen Haushaltslagen notwendig. Den Kommunen der Region kommt im Wettbewerb um „Köpfe und Kapital“ die Rolle „lokaler Spielmacher“ zu. Die sich tendenziell weiter zuspitzende Finanzsituation berührt die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Region. Es fehlt zunehmend an Mitteln zur Infrastruktursicherung und -gestaltung sowie zur Aufrechterhaltung des vielgestaltigen Kulturangebots und anderer freiwilliger Aufgaben. Attraktivitätseinbußen sowie Steuerungsdefizite u.a. in der Gestaltung des demografischen Wandels oder im Umgang mit dem Klimawandel sind zu verhindern.

Vor der Gründung der Regiopolregion kooperierten die Kommunen nicht vor einem strategischen Hintergrund. Zwar gab und gibt es fallweise enge und langfristige bi- und trilaterale Kooperationen, insgesamt aber erfolgen die Anbahnung, Entwicklung, Pflege und Evaluation von Kooperationen eher unkoordiniert und akteursabhängig. Inhaltlich-strategisch fehlen regionale Zielkonzepte oder Handlungsprogramme für die Regiopolregion.

Die Ausgangsthese des Modellvorhabens ist, dass die Regiopolregion Bielefeld als Ansatz zu einer aktiven Regionalentwicklung eine quantitativ und qualitativ bessere Zusammenarbeit bietet, um sich sachlich angemessen und wettbewerbsfähig weiterentwickeln zu können.

Ziele des Modellvorhabens

Ziel des Modellvorhabens ist es, durch interkommunale Kooperation Synergien in der Bereitstellung öffentlicher Leistungen zu heben, damit die Regiopolregion ihre Wettbewerbsfähigkeit zu den umliegenden Metropolregionen bewahrt bzw. steigert. Das Zukunftsbild der Regiopolregion sind eng zusammenarbeitende Stadtverwaltungen, die auf der Steuerungs- und Umsetzungsebene den Verflechtungsbeziehungen folgen, die die Menschen der Region bereits leben. Diese Verwaltungskooperation zielt auf die Schaffung von Grundlagen für eine Verbesserung der regionalen Entwicklung ab.

Im Rahmen des MORO-Forschungsfelds Lebendige Regionen wird die strategische interkommunale Kooperation in der Regiopolregion Bielefeld erarbeitet und angestoßen. Ein praktisches Ziel des Modellvorhabens ist das Anbahnen und Einüben einer strategiegestützten Zusammenarbeit der beteiligten Partner in der „jungen“ Regiopolregion und die Erstellung eines strategischen Handlungsrahmens für die Regiopolregion Bielefeld.

Arbeitsschritte

Projektierung

- Aufsetzen der MORO-Projektstruktur
- Kickoff-Veranstaltung der Projektbeteiligten

Zielentwicklung

- Entwicklung von Wirkungszielen der Regiopolregion
- Abstecken eines finanzwirtschaftlichen Korridors der regionalen Zusammenarbeit
- Abschätzung regionaler Organisationsoptionen

Situationsklärung

- Auftaktveranstaltung Politik
- Auswertung und Zusammenführung von inhaltlichen Strategiegrundlagen
- Austausch und Abgleich der Haushaltssituation und -perspektiven der Regiopolbeteiligten

Schwerpunktsetzung Handlungsansätze

- Entwicklung ausgewählter Handlungsansätze der regionalen Zusammenarbeit einschließlich der Erarbeitung des Leuchtturmprojekts
- öffentliche Strategievorstellung und -diskussion
- Beschlussfassung regionaler Handlungsschwerpunkte

Entwicklung von Schlüsselprojekten

- Entwicklung regionaler Programm- und Projektgrundlagen (Inhalte, Finanzierung, Organisation) einschließlich Bestimmung der Eckpunkte des Leuchtturmprojekts
- Vereinbarungen im Steuerungskreis und Beschlussfassung regionaler Programmschwerpunkte



Quelle: Peter Lahann

5.7 Landkreis Saalfeld-Rudolstadt – Kommunen im Gleichgewicht – Resiliente Strukturen sichern Zukunft



Kennzahlen Projektregion

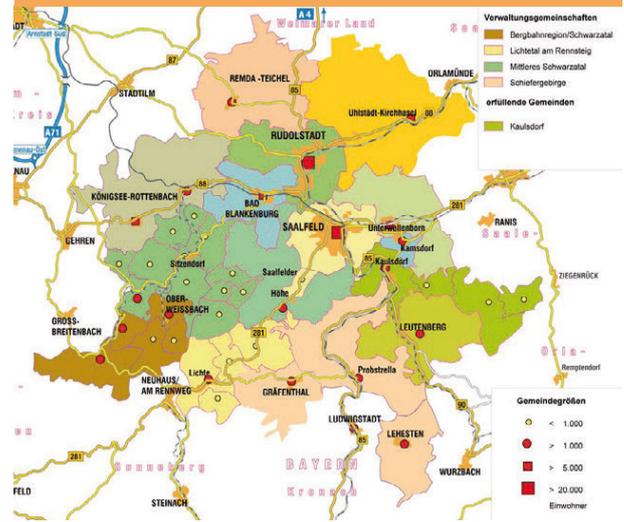
Gebietsfläche	1 034,63 km ²
Einwohneranzahl	109 278 Einwohner
Einwohnerdichte	106 Einwohner/km ²
Kontakt	Landratsamt des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt/Beteiligungsmanagement Schlossstraße 24 07318 Saalfeld Bernhard Schanze Tel.: 03671 823-430 E-Mail: beteiligungen@kreis-slf.de www.kreis-slf.de

Regionsbeschreibung

Der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt mit 109 278 Einwohnern (Stand 31. Dezember 2015) befindet sich im Süden des Freistaats Thüringen und grenzt an den Freistaat Bayern an. Die Siedlungsstruktur ist, wie für Thüringen typisch, kleinteilig. Zum Landkreis Saalfeld-Rudolstadt gehören 35 Kommunen, die eigenständig, als Einheitsgemeinde oder als eigenständige Mitgliedsgemeinde in Verwaltungsgemeinschaften organisiert sind.

Bis 2030 wird ein Einwohnerrückgang um 28,6 % prognostiziert. Rückläufige Bevölkerungszahlen bedingen eine zunehmend kritische Haushaltslage der Städte und Gemeinden. Die Mehrzahl der Kommunen, darunter Kleinstgemeinden mit weniger als 200 Einwohnern, agiert eigenständig und hat mit wenigen Ressourcen das volle Spektrum der Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung zu erfüllen. Eine aktive Regionalentwicklung ist kaum möglich, was sich vor Ort negativ auf die Wohn- und Lebensqualität auswirken kann.

Der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt verfügt mit dem ‚Städtedreieck am Saalebogen‘ über einen wirtschaftlich starken Kern; hier lebt rund die Hälfte der Bevölkerung des Landkreises (circa 50 000 Einwohner). Dem Städtedreieck, das aus den Städten Saalfeld, Rudolstadt und Bad Blankenburg besteht, wurden im Landesentwicklungsplan Thüringen Aufgaben eines Mittelzentrums mit Teilfunktionen eines Oberzentrums zugewiesen. Industrie- und Gewerbestandorte sind im Städtedreieck und den direkt angrenzenden Umlandgemeinden konzentriert. Die Wirtschaftsstruktur des Landkreises ist vielschichtig und robust, dazu gehören sogenannte „Hidden Champions“, Marktführer in speziellen Branchen, die teilweise auch erfolgreich im ländlichen Raum agieren. Der ländliche Raum ist in Teilen wirtschaftlich schwach aufgestellt, verfügt jedoch über ein bemerkenswertes Angebot und Entwicklungspotenzial für Naherholung und Tourismus sowie für Land- und Forstwirtschaft und die Nutzung erneuerbarer Energien (insbesondere Wasserkraft).



Karte Saalfeld-Rudolstadt, Quelle: © Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt

Anlass für das Modellvorhaben

Legt man die Prognose der offiziellen Bevölkerungsvorausberechnung zugrunde, wird im Jahr 2030 jedes dritte Haus und jede dritte Wohnung in der Modellregion leer stehen. Die Einkommenssteuer ist für die Kommunen der größte Einnahmeposten. Rückläufige Einwohnerzahlen verschärfen die bereits jetzt schwierige Lage der kommunalen Haushalte. Rahmenbedingungen wie zum Beispiel die vom Gesetzgeber vorgegebene Definition freiwilliger Leistungen führen dazu, dass insbesondere in den Bereichen Naherholung und Tourismus, Gemeinschaftsleben, Kultur und Freizeit kommunale Leistungen gestrichen werden, was in der Folge dem Image der Region als Wohn- und Lebensraum schadet. Schlüsselzuweisungen des Landes berechnen sich maßgeblich aus den Einwohnerzahlen. Eine Negativspirale hat sich in Bewegung gesetzt, die in ihrem Lauf nur durch mutige, innovative und eigenverantwortliche Schritte der Kommunen und des Landkreises aufgehalten werden kann.

Über das Modellvorhaben sollen mit Unterstützung externer Betrachtung und Beratung Entscheidungsträger und die Bevölkerung sensibilisiert werden und der Blick für neue, ortsübergreifende Lösungsansätze geweitet werden. Durch die besondere Situation in Thüringen im Vorfeld einer umfassenden Gebiets- und Verwaltungsreform ist der Handlungsdruck erhöht; sachlich begründete und vernünftige Möglichkeiten der interkommunalen Kooperation mit dem Ziel der Zukunftssicherung für die Städte und Dörfer sind deshalb als Teil eines umfassenden Lösungsansatzes zu untersuchen.

Ziele des Modellvorhabens

Ziel des Modellvorhabens ist es im weitesten Sinn, die ‚Negativspirale‘ aus schwierigen kommunalen Haushaltslagen und sich in der Folge ergebender zunehmender Einschränkungen in der Wohn- und Lebensqualität zu durchbrechen. Dazu werden zwei strategische Ansätze verfolgt:

Ansatz 1 beschäftigt sich mit dem Handlungsfeld kommunale Haushalte. Ziel ist es, den Kommunen Wege insbesondere über eine Optimierung der Ausgaben für Verwaltung und die Erfüllung von Pflichtaufgaben aufzuzeigen, um finanzielle Handlungsspielräume für die sogenannten freiwilligen Leistungen, die aber maßgeblichen Einfluss auf Wohn- und Lebensqualität haben, zu ermöglichen. Dazu werden Aufgaben und Ausgaben der Kommunen hinsichtlich Effektivität, Effizienz und Nachhaltigkeit (Resilienz)

geprüft. Kooperationsansätze werden im Rahmen des MORO vorwiegend im Bereich der kommunalen Verwaltungen untersucht.

Ansatz 2 verfolgt das Ziel, die ‚demografische Kurve‘ im positiven Sinn zu beeinflussen. Dabei wird der Trend der demografischen Entwicklung, insbesondere die Tatsache der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, nicht in Frage gestellt, sondern es sollen seine Chancen und Potenziale für die regionale Entwicklung identifiziert werden. Konkret wird das Thema Leerstand von Immobilien, ein alle Kommunen betreffendes Problem mit akutem Handlungsbedarf, aufgegriffen und durch gemeinsame Entwicklung und Vermarktung im Landkreis neu wahrgenommen. Hierzu wird ein langfristig abgesichertes regionales Leerstandsmanagement entwickelt und mit der entsprechenden technischen, organisatorischen und mentalen (Image der Region, Nachnutzungsideen und Finanzierungskonzepte für beispielhafte Immobilien) Infrastruktur ausgestattet.

Arbeitsschritte

- Installation Arbeitsstruktur (Lenkungsgruppe, Steuerungsgruppe und Arbeitsgruppen ‚Demografie‘ und ‚Finanzen‘)
- Installation Personalstelle ‚Regionalentwickler‘
- Ausschreibung und Vergabe der externen Leistungen (Projektassistenz)
 - o Konzept kommunale Finanzen
 - o Konzept demografische Entwicklung
- Abgleich der Ergebnisse externer Leistungen mit regionalen Gegebenheiten und Konzeptionen
- Ableitung und Umsetzung von Leuchtturmprojekten
- Öffentlichkeitsarbeit begleitend zum Prozess, u.a. Auftaktveranstaltung, Präsentation Zwischenergebnisse, Abschlussveranstaltung
- Reflexion und Einbindung in das Forschungsvorhaben begleitend zum Prozess



Quelle: Fotolia © Dieter 76

5.8 Wirtschaftsraum Spreewald – Mobilitätsmanagement für bessere Daseinsvorsorge und wirtschaftliche Entwicklung



Kennzahlen Projektregion

Gebietsfläche	3 127 km ²
Einwohneranzahl	circa 265 481 Einwohner
Einwohnerdichte	84,9 Einwohner/km ²
Kontakt	Energierregion Lausitz-Spreewald GmbH Am Turm 14 03046 Cottbus Norman Müller Tel.: 0355 28890-402 E-Mail: mueller@energieregion-lausitz.de www.energieregion-lausitz.de

Regionsbeschreibung

Der Wirtschaftsraum Spreewald gehört zum Bundesland Brandenburg. Er erstreckt sich über Teilgebiete der Landkreise Spree-Neiße, Dahme-Spreewald und Oberspreewald-Lausitz sowie der kreisfreien Stadt Cottbus. Naturräumlich gehören neben dem UNESCO-Biosphärenreservat Spreewald, Teilgebiete der Naturparks „Dahme-Heide-Seen“ und „Niederlausitzer Landrücken“ zur Region.

Die zentralen Orte Cottbus (Oberzentrum), Lübben und Lübbenau (beides Mittelzentren) sind Schwerpunkte des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens im Gesamttraum. Ein für den Tourismus zusätzlich bedeutender Ort ist Deutschlands größte Streusiedlung, die Spreewaldgemeinde Burg.

Die bereits erwähnten Landkreise und die kreisfreie Stadt Cottbus sind Teil der Energierregion Lausitz, einer Kooperationsgemeinschaft von den bereits genannten Gebietskörperschaften sowie des an den Wirtschaftsraum Spreewald

angrenzenden Landkreises Elbe-Elster. Die Energierregion Lausitz versteht die Regionalplanung als übergeordnete und zusammenfassende Planung, die einerseits eng angelehnt an die Landesplanung und deren Ziele arbeitet, andererseits auf der Ebene der Region räumlich konkretere Festlegungen trifft. Die Energierregion Lausitz mit der Geschäftsstelle Energierregion Lausitz-Spreewald GmbH sieht sich zum einen als Klammer der unterschiedlichen regionalen Akteure und unterstützt zum anderen konkrete Projekte, welche die Region zukunftsfähig weiterentwickeln.

Anlass für das Modellvorhaben

Der demografische Wandel und die disperse Siedlungsstruktur des Wirtschaftsraumes Spreewald haben direkte negative Auswirkungen auf die Mobilitätssituation und die Auslastung der Einrichtungen der Daseinsvorsorge, dessen Erreichbarkeitsradius sich stetig zu Lasten der Bevölkerung erweitert. Die degressive Entwicklung der finanziellen Ausstattung hat darüber hinaus eine Wirkung auf das

Angebot des ÖPNV. Dies führte in der Vergangenheit zur Einschränkung einiger Fahrtstrecken. Die Modellregion besitzt durch das Biosphärenreservat Spreewald eine ringförmige Verkehrsinfrastruktur. Zahlreiche Unternehmen und öffentliche Einrichtungen haben aus den genannten Gründen eine unzureichende Verkehrsanbindung und somit einen erheblichen Standortnachteil. Insbesondere der Tourismus – als wichtigster Wirtschaftsfaktor im Spreewald – ist auf eine gute Anbindung der Region an die überregionale Verkehrsinfrastruktur sowie eine gute innere Vernetzung angewiesen. Für zahlreiche Angestellte in der Wirtschaftsregion stellt die Erreichbarkeit ihrer Arbeitsstätte ebenfalls ein Problem dar. Die eingeschränkten Fahrtzeiten der öffentlichen Verkehrsmittel sind vor allem für Auszubildende ohne eigenes Fahrzeug kritisch und gehören zu den Entscheidungskriterien zur Annahme eines Ausbildungsplatzes. Die Qualität der Mobilität ist somit ein zusätzliches regionales Handlungsfeld im Rahmen der Fachkräftesicherung. Die Erholungsqualität des Spreewaldes wird derzeit negativ vom sehr hohen Individualverkehr beeinflusst. Da vor allem der sanfte Tourismus eine erhebliche Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung des Raumes Spreewald spielt, muss eine Lösung zur Reduzierung des Individualverkehrs gefunden werden.

Ziele des Modellvorhabens

Mit dem Modellvorhaben wird die Verbesserung der Mobilitätssituation im Wirtschaftsraum Spreewald durch das Erstellen von bedarfsgerechten Maßnahmen angestrebt. Dafür wird eine systematische Erfassung der Versorgungs- und Mobilitätssituation in der Modellregion vorgenommen und vorhandene regionale und überregionale Konzepte hinsichtlich der Thematik bewertet sowie die Adaption transferierbarer Ansätze geprüft. In dem Projektprozess werden regionale Akteure des Wirtschaftsraumes Spreewald wie Bürgermeister, Amtsdirektoren, Akteure aus den Branchen der Ernährungswirtschaft und des Tourismus eingebunden. Dies führt zur Entwicklung einer Mobilitätsstrategie mit Schwerpunkt auf Fachkräftesicherung, Klimaschutz, demografischer Wandel und den Branchen Ernährungswirtschaft und Tourismus. Das Gesamtkonzept wird modulare Angebote abstellen. Mobilitätshubs, die Förderung klimafreundlicher Antriebsarten und verkehrsträgerübergreifende Vernetzung bedarfsgerechter Kombinationen alternativer Bedienformen wie den KombiBus werden hierzu diskutiert. Die besondere Herausforderung besteht in der Darstellung von Finanzierungsmöglichkeiten. Jede strategische Maß-

Wirtschaftsraum Spreewald



Karte Wirtschaftsraum Spreewald; Quelle: © Spreewaldverein e.V.

nahme wird unteretzt mit einem Finanzierungsbedarf und einem Vorschlag der Finanzierungsrealisierung. Wichtig ist: eine Nachhaltigkeit in der Umsetzung abzusichern. Hierzu werden auch innovative Ansätze recherchiert, die unter anderem auf kommunaler Ebene finanzielle Beiträge für freiwillige Aufgaben hinsichtlich Mobilitätsangebote und Daseinsvorsorge möglich machen.

Arbeitsschritte

Vorbereitungsphase

- Akteursansprache, Zusammenstellung Projektteam
- Kick-Off

Analysephase

- Analyse der derzeitigen Versorgungs- und Mobilitätssituation
- Analyse von vorhandenen Konzepten in der Region
- Analyse von vorhandenen Konzepten anderer Regionen

Bewertungsphase

- Bewertung der überregionalen Konzepte nach Umsetzbarkeit
- Bewertung des Umsetzungsstands der regionalen Konzepte
- Definition von Handlungsfeldern

Dialogphase

- Bildung von Arbeitsgruppen zu jedem Handlungsfeld
- Bürgerdialog
- Expertendialog

Strategie- und Umsetzungsplanungsphase

- Erstellung einer Mobilitätsstrategie für betrachteten Raum
- Finanzierungsbedarfsermittlung (Zeit- und Kostenplanerstellung)
- Recherche von Finanzierungsmöglichkeiten
- Definition eines Akteursnetzes (mit Finanzierungsaussagen)

Kontakt

Forschungsassistentz:

SPRINT – wissenschaftliche Politikberatung
Dr. Katrin Bäumer, Dr. Florian Langguth
Holsteinische Straße 28
10717 Berlin
lebendigeregionen@sprintconsult.de

Institut Arbeit und Technik (IAT)
Forschungsschwerpunkt Raumkapital
Elke Dahlbeck, Franz Flögel, Dr. Stefan Gärtner, Dr. Karin
Weishaupt
Munscheidstraße 14
45886 Gelsenkirchen
floegel@iat.eu

Finanzwissenschaftliche Begleitforschung

Institut Arbeit und Technik (IAT)
Forschungsschwerpunkt Raumkapital
Franz Flögel, Dr. Stefan Gärtner
Munscheidstraße 14
45886 Gelsenkirchen
floegel@iat.eu

Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur
und Daseinsvorsorge e.V.
Philip Glinka, Prof. Dr. Thomas Lenk, Tim Starke
Universität Leipzig
Augustusplatz 10
04109 Leipzig
starke@wifa.uni-leipzig.de



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)

Wissenschaftliche Begleitung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Deichmanns Aue 31-37

53179 Bonn

Referat I 1, Raumentwicklung

Dr. Jana Hoymann

jana.hoymann@bbr.bund.de

Auftragnehmer und Autoren

SPRINT – wissenschaftliche Politikberatung

Institut für Arbeit und Technik

Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V

Satz und Grafik

CONVIS Consult & Marketing GmbH

Stand

Dezember 2016

Druck

Laserline Druckzentrum Berlin KG

1. Auflage, 1 000 Exemplare

Bezugsquelle

REF-1-1@BBR.Bund.de

Stichwort: MORO-Information Heft Nr. 16/1 2016

Bildnachweis

Bielefeld Marketing GmbH: Seite 24,

Stephan Breuer: Seite 18,

Landkreis Coburg: Seite 16,

Fotolia: Seite 28 © Dieter76, S. 4 © hykoe, Titel © miboffb,

Friedemann: Seite 20,

Susanne Krebsler: Seite 22,

Peter Lahann: Seite 26,

Torsten Stapel: Seite 14

Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten

Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Bitte senden Sie uns zwei Belegexemplare zu.

Die vom Auftragnehmer vertretene Auffassung ist nicht unbedingt mit der des Herausgebers oder der wissenschaftlichen Begleitung identisch.

Das Forschungsvorhaben wurde aus Mitteln der Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) finanziert.

Selbstverlag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn 2016

ISSN 1614-8908

